



HESSISCHER LANDTAG

06. 11. 2019

KPA

Berichtsantrag

Fraktion der SPD,**Fraktion der Freien Demokraten****Elternbeiräte in Hessen**

Die hessischen Elternbeiräte haben gemäß den Regelungen im HSchG Rechte und Pflichten, bei deren Ausübung sie von den Schulen, vom Schulträger, von Staatlichen Schulämtern und vom Kultusministerium in unterschiedlichster Ausprägung unterstützt werden. Die Kreis- und Stadtelternbeiräte sind dementsprechend sehr heterogen aufgestellt und haben unterschiedliche Problemlagen, die einer Lösung bedürfen, wenn die Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule auch zukünftig gewährleistet werden soll.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Schulelternbeiräte

1. Konnten an allen Schulen gemäß des § 107 und des § 108 des HSchG die vorgesehenen Elternbeiräte gegründet werden oder sind diesbezüglich der Landesregierung Probleme bekannt?
2. Wie wird sichergestellt, dass die im HSchG festgeschriebene Partizipation von Schulelternbeiräten in den schulischen Gremien tatsächlich erfolgt?
3. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Schulelternbeiräte in den Schulen korrekte Informationen zu den rechtlichen Grundlagen bekommen?

II. Kreis- und Stadtelternbeiräte

4. Wie viele Kreis- und Stadtelternbeiräte konnten in den letzten fünf Jahren nicht gegründet werden? (Bitte nach Schulamtsbezirken differenzieren.)
5. Wie und in welcher Höhe wurden die Kreis- und Stadtelternbeiräte im Schuljahr 2017/2018 und im Schuljahr 2018/2019 finanziell unterstützt? (Bitte getrennt nach Bezirken aufschlüsseln.)
6. Aus welchen Gründen ließ sich für den Kreiselterneirat Fulda 2018 keine Nachfolge finden?
7. Welche Maßnahmen werden seitens des Kultusministeriums in solchen Fällen ergriffen, um umgehende Abhilfe zu schaffen?
8. Weshalb können Vertreterinnen und Vertreter des Kreiselterneirats Offenbach offenbar nur noch schwierig Räume in Schulen buchen?
9. Welche Differenzen bestehen zwischen der Schulverwaltung und dem Kreiselterneirat im Odenwald und welche Maßnahmen wurden ergriffen, diese beizulegen?
10. Aus welchen Gründen kann im Rheingau-Taunus-Kreis keine Schulkommission gemäß § 148 HSchG eingerichtet werden?
11. Wie wird eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Stadtelternbeiräten und Staatlichen Schulämtern in Zukunft sichergestellt?

12. Wie wird die gleichmäßige und gerechte Finanzierung von Kreis- und Stadelternbeiräten in den kommenden Jahren sichergestellt?
13. Sind seitens der Landesregierung Veränderungen hinsichtlich der Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Kreis- und Stadelternbeiräte geplant und wenn ja, wie sollen diese konkret aussehen?

III. Landeselternbeirat

14. In welcher Form unterstützt die hessische Landesregierung den Landeselternbeirat bei der Umsetzung von Fortbildungen für Elternbeiräte im Rahmen des Programms „Elan“ (Eltern schulen aktive Eltern)?
15. In welcher Höhe ist die Finanzierung von „Elan“ in den kommenden Jahren sichergestellt?
16. Ist der Landesregierung bekannt, dass Schulämter Schulen aufgefordert haben, nicht an der Umfrage des Landeselternbeirates zur Unterrichtsversorgung teilzunehmen und sogar mit Konsequenzen drohten?
Aus welchen Gründen erfolgten derartige Verlautbarungen bzw. Maßnahmen?
17. Welche Konsequenzen könnten das sein?

IV. Allgemeines

18. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass alle durch die Kreis- und Stadelternbeiräte und den Landeselternbeirat an die Schulen geschickten schriftlichen und elektronischen Mitteilungen und Anfragen den Schulelternbeirat erreichen?
19. Wo sind aus Sicht der Landesregierung die Ursachen zu suchen, dass sich immer weniger und schwieriger Eltern als Elternbeiräte finden lassen?
20. Welche Maßnahmen müssen aus der Sicht der Landesregierung ergriffen werden, um Eltern für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu gewinnen?

Wiesbaden, 6. November 2019

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock